

## „Die Energiewende muss sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll gestaltet werden“

Interview mit Matthias Miersch

**spw:** Die Energiewende ist eines der prägendsten Themen dieser Legislaturperiode. Mittendrin wurde der zuständige Bundesumweltminister ausgetauscht. Peter Altmaier ist jetzt ein knappes halbes Jahr im Amt, wie hat sich das Projekt „Energiewende“ seitdem entwickelt?

» **M.M.:** Das Projekt „Energiewende“ hat sich überhaupt nicht entwickelt. Es gibt keine Koordination der beteiligten Ministerien oder Planungen für den künftigen Energiemix und den dafür notwendigen Leitungsausbau. Herr Altmaier steht wie sein Vorgänger für Fehlentscheidungen, die den Strompreis treiben und die Energiewende blockieren. Er weitet die Steuer- und Umlagebefreiung für Unternehmen aus und verantwortet eine Umlage von Offshore-Haftung auf Verbraucherinnen und Verbraucher, er stochert in Sachen EEG im Nebel.

Altmaier ist der Meister der Ankündigungen und der Wohlfühl-Gipfel. Seine Bilanz ist aber bescheiden: Mehr als nette Berichte über das Privatleben des Ministers in der Boulevardpresse hat es nicht gegeben.

Wir brauchen dringend einen zwischen Bund- und Ländern abgestimmten Masterplan über den Mix aus dezentralen und zentralisierten Energiequellen und den dafür notwendigen Ausbau der Netzinfrastruktur. Bei den Kernthemen der Energiewende Förderung, Netzausbau und Kraftwerkspark hat Altmaier nicht eine vernünftige Regelung auf den Weg gebracht.

**spw:** Nach der grundsätzlichen Diskussion um den Atomausstieg im vergangenen Jahr hat sich der politische Fokus mittlerweile



↳ Matthias Miersch ist Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Region Hannover.

Foto: © Markus Hammes

wieder auf die Instrumentenebene verschoben. Die jüngste Debatte ist dabei um das E-Mobilitätskonzept der Bundesregierung entstanden. Die Pläne der Bundesregierung, vor allem über monetäre Anreize den Absatz von Elektroautos zu steigern, stehen in der Kritik. Welche Alternativen gäbe es und wie ist es um die Übersetzung der Energiewende auf die Straße bestellt?

» **M.M.:** Die Elektromobilität stellt nur einen Mosaikstein künftiger Mobilitätspolitik dar. Im Rahmen der Energiewende kommt der Elektromobilität gerade durch die mit ihr verbundenen Möglichkeiten der Stromspeicherung eine große Rolle zu.

Daneben geht es vor allem um die Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs und die Entwicklung weiterer Antriebsalternativen, wie z.B. unter Zuhilfenahme von Gas und Wasserstoff. In der Vergangenheit sind alle Effizienzgewinne durch zunehmendes Gewicht und zunehmende Leistungsfähigkeit der Fahrzeuge aufgebraucht worden. Abgesehen von effizienteren und umweltfreundlicheren Antriebstechnologien wird aber auch ein ganzheitliches Mobilitätskonzept in den Fokus gerückt werden müssen, dass vor allem den ÖPNV berücksichtigt. Dass die Au-

tomobilindustrie, die in der großen Koalition mit Milliardenbeträgen gestützt worden ist, nun für innovative Antriebstechnologien auch noch Subventionen verlangt, finde ich im übrigen bemerkenswert.

**spw:** Das Erneuerbare-Energien-Gesetz gilt als erfolgreiche Vorlage für eine Reihe von ähnlichen Gesetzen in vielen anderen Ländern. In Deutschland ist es wiederholt in der Kritik, insbesondere werden die Effizienz der Förderung und nicht intendierte Überkapazitäten problematisiert. Welchen Anpassungsbedarf siehst Du?

» **M.M.:** Vorweg möchte ich betonen, dass die aktuelle Debatte über die EEG-Umlage ein falsches Bild von den Erneuerbaren entstehen lässt. Kohle, Gas und Atom sind nie günstige Energieträger gewesen. Es war eine Frage der politischen Steuerung, die diese Energieträger für Wirtschaft und Verbraucher bezahlbar gemacht hat. Das EEG wurde eingeführt, um die milliarden schweren Subventionen in diese alten Technologien für die erneuerbaren zu kompensieren und ihnen die Chance zur Entwicklung zu geben.

Das EEG ist eine zehnjährige Erfolgsgeschichte von rot-grün. Natürlich haben sich die Rahmenbedingungen bedeutend verändert. Gerade bei der Integration der nun vorhandenen erneuerbaren Erzeugungskapazitäten in den Energiemarkt hapert es noch. Auf Dauer werden wir nicht umhinkommen, ein neues Energie-Marktdesign zu entwickeln, in dem erneuerbare und konventionelle Kraftwerke sich besser gegenseitig ergänzen. Überkapazitäten können mit Speichern abgefangen werden, so dass gerade in diesem Sektor in Forschung investiert werden muss, denn hier stehen wir technisch erst am Anfang. Durch die ohnehin vorgeschriebene Degression bei der Einspeisevergütung werden der Ausbaugrad und die Effizienz von verschiedenen erneuerbaren Energieträgern berücksichtigt. Effizienz ist bei der anstehenden

Reform des EEG sicher ein wichtiger Punkt, wengleich die bislang kosten-effizientesten Erzeugungstechnologien auch Konflikte vor Ort hervorbringen, so dass ich immer für eine Vielfalt im Energiemix und größtmögliche Dezentralität plädieren würde. Wir müssen weg von wenigen Technologien und Anbieter-Oligopolen. Gerade das ist die Chance für kommunale Investoren wie Stadtwerke und Genossenschaften, weiter in Erneuerbare zu investieren.

Mit dem Zuwachs der Erneuerbaren kam es an der Börse sogar zu sinkenden Großhandelspreisen, was jedoch nicht an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben wurde. Unser Ziel muss sein, einen adäquaten Preis für erneuerbar erzeugten Strom sicherzustellen, gleichzeitig aber auch den weiteren Ausbau der Erneuerbaren nicht abzuwürgen. Die SPD arbeitet derzeit an konkreten Vorschlägen zur grundsätzlichen Reform des EEG. Dabei muss eine systemgerechtere Ausgestaltung des EEG erreicht werden, beispielsweise über differenziertere Vergütungssysteme.

**spw:** Insbesondere die steuerlichen Vergünstigungen für energieintensive Unternehmen und Standorte sind in der jüngsten Zeit in die Kritik geraten und diskutiert worden. Im Gesetzesentwurf der Bundesregierung ist für die Nachfolgeregelung die Anforderung vorgesehen, dass Unternehmen diese Vergünstigungen nur noch dann bekommen, wenn sie ihre Energieeffizienz erhöhen. Reicht dieser Anreiz aus?

» **M.M.:** Aus meiner Sicht ist die von der Bundesregierung vorgesehene Regelung zur ausgeweiteten Steuerbefreiung von energieintensiven Unternehmen das falsche Signal: Schwarz-Gelb hat sich weder auf europäischer Ebene für ambitionierte Einspar- und Effizienzziele eingesetzt, noch wurde in Deutschland selber ein effektiver Sparanreiz für Unternehmen durchgesetzt. Die nun be-

geschlossenen branchenweiten Effizienzziele helfen verschwenderischen Unternehmen, sich weiter in der Masse zu verstecken und sich so vor Investitionen in Energieeffizienz zu drücken. Natürlich gibt es auch vorbildliche Unternehmen. Es bräuchte eher unternehmensspezifische Effizienzziele und ein scharfes Monitoring der Umsetzung, um in den Genuss von Steuergeschenken kommen zu können. Die Gießkannen-Politik von Schwarz-Gelb scheidet auch in dieser Frage daran Anreize dafür zu setzen, dass Unternehmen in die notwendigen Effizienztechnologien investieren.

**spw:** In allen politischen Lagern ist jüngst die Frage aufgeworfen worden, ob wir uns - angesichts der erheblichen Belastungen durch die Wirtschafts- und Finanzkrise - aktuell ein so ambitioniertes Projekt wie die Energiewende überhaupt noch „leisten“ können. Eine der Kernforderungen der Sozialdemokratie ist, soziale Spaltungen nicht dadurch zu vertiefen, dass die Lebenshaltungs- und Energiekosten durch politische Entscheidungen zur Energie- und Umweltpolitik noch weiter steigen. Wie lautet die sozialdemokratische Antwort hierauf?

» **M.M.:** Die sozialdemokratische Antwort lautet: Verantwortung übernehmen und politisch steuern, so wie es in den vergangenen Jahrzehnten auch bei fossilen Energieträgern geschehen ist. Peak-Oil ist erreicht und der Run auf endliche Ressourcen wird angesichts der steigenden Weltbevölkerung noch zunehmen. Die Energiewende muss sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll gestaltet werden. Es geht dabei vor allem um eine gerechte Verteilung der entstehenden Kosten. Die Energiewende, die übrigens unter der Regierung Schröder begann, ist aber auch ein gigantisches Investitionsprogramm und ein großer Jobmotor.

Es zählt zur Grundhaltung der Sozialdemokratie, große Herausforderungen nicht

auf dem Rücken der Schwächeren auszutragen und das gilt auch für die Herkulesaufgabe Energiewende. Es gibt eine Fülle von Möglichkeiten, einkommensschwache Haushalte zu entlasten, z.B. durch ermäßigte Stromtarife, Mikrokredite für effiziente Haushaltsgeräte und ergänzende Energieberatung, die wir im Gegensatz zu Herrn Altmaier schon seit mehreren Jahren fordern. Entscheidend ist jedoch, dass eine stärkere staatliche Kontrolle über die Strompreisbildung erfolgt und Kostensenkungen in diesem Bereich, anders als bisher, auch an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden.

Schwarz-Gelb hat mittlerweile über Jahre Entscheidungen getroffen, die die Energiewende zu Lasten von Verbraucherinnen und Verbrauchern finanzieren. Energiepreise sind politische Preise.

Eine gerechte und soziale Verteilung der Kosten der Energiewende muss durch die Politik gewährleistet sein, um finanzielle Härten abzufedern und die gesellschaftliche Akzeptanz des Projektes nicht zu gefährden. ■

☞ Das Interview führte Pascal Geißler.